Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1759

03. 02. 88

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zur deutsch-französischen Freundschaft anläßlich des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages

Vor 25 Jahren wurde der Elysée-Vertrag unterzeichnet. Damit besiegelten Charles de Gaulle und Konrad Adenauer den Beginn einer neuen Epoche zwischen Deutschen und Franzosen, für die die Grundlagen schon in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren gelegt worden waren: Nach Perioden der Feindseligkeit und der Konflikte, insbesondere nach dem von Hitler begonnenen zerstörerischen Zweiten Weltkrieg, setzte ein Prozeß der Aussöhnung und der intensiven Zusammenarbeit ein, der das Verhältnis beider Völker zueinander von Grund auf neu gestaltete und damit beispielhaft wurde. Der Elysée-Vertrag wurde damit zur Grundlage einer unauflöslichen Schicksalsgemeinschaft.

Die deutsch-französische Freundschaft verstand sich von Anfang an nicht nur als historische Wende in den Beziehungen zwischen dem deutschen und französischen Volk, sondern als Kern und Grundlage für die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller freien Völker Europas, die willens sind, den politischen Integrationsprozeß mit dem Ziel der Europäischen Union mitzugestalten und damit dem Frieden in Europa und der Welt zu dienen.

Die deutsch-französische Partnerschaft bezieht ihre Vitalität aus der gemeinsamen europa- und weltpolitischen Verantwortung. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich bleiben aufgerufen, auf dem Weg zur Europäischen Union weiter voranzuschreiten und damit eine Pilotfunktion für alle europäischen Partner auszuüben.

Der Bundestag wolle beschließen:

— Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik den 25. Jahrestag des Elysée-Vertrages zum Anlaß genommen haben, ihre Solidarität in drei entscheidenen Bereichen zu konkretisieren und damit die Dynamik und Zukunftsorientierung ihrer Zusammenarbeit zu beweisen.

— Der Deutsche Bundestag erblickt in der Einsetzung eines deutsch-französischen Rates für Verteidigung und Sicherheit

einen wichtigen Meilenstein auf dem Wege zu einer immer engeren Verzahnung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit beider Länder. Dem dient auch die Aufstellung des ersten gemeinsamen deutsch-französischen Heeresgroßverbandes.

Die Solidarität, die zwischen den Partnern der Atlantischen Allianz besteht und zu der sich beide Länder ausdrücklich bekennen, beseitigt nicht die Notwendigkeit, zwischen den europäischen Demokratien einen besonders engen und unauflöslichen Zusammenschluß zu schaffen.

Der Deutsche Bundestag ist überzeugt, daß das europäische Einigungswerk unvollständig bleiben wird, solange es nicht auch Sicherheit und Verteidigung umfaßt. Die Entwicklung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Identität Europas ist zugleich ein Beitrag zur Stärkung der Atlantischen Allianz.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß sich die Abstimmung zwischen beiden Staaten auf alle die Sicherheit Europas angehenden Fragen einschließlich Rüstungskontrolle und Abrüstung erstrecken soll, weil eine so umfassend angelegte Politik einen wichtigen Beitrag zur Kriegsverhütung und zur Errichtung einer dauerhaften und stabilen Friedensordnung in ganz Europa leisten kann.

— Der Deutsche Bundestag würdigt die Gründung des deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrats als besondere Anstrengung, durch Schaffung eines neuen institutionellen Rahmens zur effizienteren Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitiken beider Länder und damit zu mehr Stabilität und Wirtschaftswachstum in Europa beizutragen. Dabei muß die geldpolitische Autonomie der Deutschen Bundesbank gewahrt bleiben.

— Der Deutsche Bundestag zeigt sich gleichermaßen befriedigt über die Einsetzung des deutsch-französischen Kulturrats und erwartet, daß damit der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich von Kunst, Kultur und Wissenschaft neuer Auftrieb verliehen wird und daß zusätzliche Anreize geschaffen werden, damit mehr Deutsche und Franzosen die Sprache des Partners erlernen. Die Begegnung von Jugend und Kultur hat fundamentale Bedeutung für die Entwicklung der europäischen Identität.

Im Bewußtsein der geschichtlichen Verantwortung, die Deutsche und Franzosen für die Sicherung der Lebensgrundlagen Europas und darüber hinaus haben, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, die deutsch-französische Zusammenarbeit zielstrebig fortzuentwickeln und in den Dienst der europäischen Einigung zu stellen.

Bonn, den 3. Februar 1988

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333